

1 **Änderungsantrag zum Wahlprogramm**
2 **Landesparteitag 22. Januar 2017 in Heusweiler**

3
4 Antragsteller*innen: Ortsverband Dudweiler

5 **Rn. 196-198 – Antrag Nr. 1**

6 Der Satz „Wir wollen die Ökologische Landwirtschaft stärker fördern und die zur Verfügung stehenden
7 Mittel verstärkt umschichten, um bis 2020 einen Anteil von 20% ökologisch bewirtschafteter Fläche zu
8 realisieren“ möge wie folgt geändert und ergänzt werden:

9
10 „Die Argrarwende ist uns ein Herzensanliegen. Deshalb wollen wir die Ökologische Landwirtschaft
11 stärker fördern und die zur Verfügung stehen Mittel verstärkt umschichten und nötigenfalls aufstocken,
12 um bis 2020 mindestens einen Anteil von 20 % ökologisch bewirtschafteter Fläche zu realisieren. Für
13 die im Laufe der kommenden Wahlperiode beginnende nächste Förderperiode des Europäischen
14 Landwirtschaftsfonds für die ländliche Entwicklung (ELER) streben wir an, dass sichergestellt wird,
15 dass im Saarland für jeden umstellungswilligen Betrieb Fördermittel bereit stehen. Die
16 Umstellungsberatung wollen wir ausbauen und intensivieren. Dabei soll die Umstellungsberatung auf
17 Wunsch auch verstärkt Vermarktungsstrategien einschließlich der Potentiale der Direktvermarktung in
18 den Blick nehmen“.

19

20

Begründung:

21

22 Bereits im Juli 2016 hat das Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz verkündet, dass das
23 Saarland einen Öko-Flächenanteil von 16 Prozent aufweise
24 (http://www.saarland.de/128871_212955.htm). Ein Anstieg auf 20 Prozent ist daher zwar ambitioniert,
25 aber nicht so ambitioniert, dass man ihn auf 20 Prozent (= Zielvorstellung der Bundesregierung für die
26 Bundesrepublik Deutschland) begrenzen sollte. Das soll mit dem Zusatz „mindestens“ zum Ausdruck
27 gebracht werden. Die Mittel für die Umstellungsförderung, die aus dem Europäischen
28 Landwirtschaftsfonds für die ländliche Entwicklung (ELER) erfolgt, ist für die laufende Förderperiode
29 2014-2020 bereits erschöpft. Durch Umschichtungen der vorhandenen Mittel, aber auch durch eine
30 Aufstockung dieser Mittel durch Mittel aus dem saarländischen Landeshaushalt, kann erreicht werden,
31 dass für den Zeitraum 2017-2020 kein faktischer Umstellungsstopp eintritt. Wenn wir die Argrarwende
32 wollen, dann müssen wir uns darüber freuen, dass ein derart großes Interesse der Betriebe besteht,
33 dass Mittelerschöpfung eingetreten ist. Zielvorstellung muss es daher sein, künftig jeden
34 umstellungswilligen Betrieb zu fördern. Dabei muss den Betrieben von Anfang an eine möglichst
35 komfortable Umstellungsberatung zur Seite stehen, um möglichst viele Betriebe für die Umstellung
36 gewinnen zu können.

37

38 **Rn. 447 – Antrag Nr. 2**

39 An den letzten Satz dieser Rn. fügen wir folgenden Einschub an:

40 Ein weiteres wichtiges Instrument besteht darin, eine ehrgeizige Förderpolitik zu Gunsten der
41 ökologischen Landwirtschaft wir mit dem Tourismusmarketing und einer
42 Regionalvermarktungsinitiative zu verbinden, die neben gezielter Regionalvermarktung darauf setzt,
43 regionale Wertschöpfungsketten zu schaffen und die regionale Vernetzung und Clusterbildung der
44 Landwirte, verarbeitender Betriebe, der Gastronomie, touristischer Betriebe und des regionalen
45 Handels zu fördern. Damit sichern und schaffen wir zukunftsfähige und sinnstiftende Arbeitsplätze im
46 ländlichen Raum, tragen dem zunehmenden Bedürfnis nach regionalen, nachhaltigen Produkten
47 Rechnung und vermeiden unnötigen Abfluss von Kaufkraft aus dem Saarland.

48 **Rn. 455 neu**

49 Im Anschluss an Rn. 454 fügen wir eine neue Rn mit einer zusätzlichen Zwischenüberschrift
50 „**Gesunde Ernährung fördern**“

51 Viele Bürger*innen wünschen sich neben einer Argrarwende auch eine Ernährungswende, die andere
52 Formen der Lebensmittelproduktion mit übergreifenden Werten wie Solidarität, Regionalität, fairer
53 Preisbildung, auskömmlichen Einkommen der Erzeuger, Gesundheitsbewusstsein, neuen

54Vermarktungsformen und dem Schutz der Gesundheit verbindet. Ausdruck dieser Bewegung sind
55beispielsweise Stadtbauernhöfe, Stadtgärtner*innen, Foodcooperations, ökologisch-soziale Projekte,
56vegetarische und vegane Gruppen, ökologisch wirtschaftende Erzeuger*innen sowie ökologisch
57ausgerichtete Gastronomie- und Einzelhandelsbetriebe. All diese Akteure soll eine Plattform gegeben
58werden, die die Politik auf kommunaler und Landesebene berät und unterstützt und dem Umstand
59Rechnung trägt, dass es sich um ein Querschnittsthema handelt, das zahlreiche Politikfelder und
60Ressorts betrifft. Zu diesem Zweck haben sich in Berlin, Köln, Hamburg und andernorts
61überparteiliche Ernährungsräte gebildet. Auf die Errichtung eines solchen Ernährungsrats, der
62insbesondere der Landesregierung beratend zur Seite steht, wollen wir im Dialog mit den hieran
63interessierten Akteuren hinwirken.

64Rn. 1987 – 1988:

65Der Satz *„Zudem müssen bei der Optimierung gerichtlicher Organisations-und Arbeitsprozesse
66arbeits- und kostenintensive Doppelstrukturen vermieden werden.“* soll ersatzlos gestrichen werden,
67da die Verfahrenswege durch die Prozessordnungen bundesgesetzlich vorgegeben sind und auch
68ansonsten Doppelstrukturen nicht ersichtlich sind.

69Rn. 1995-1998:

70Dem Satz soll folgender Satz vorangestellt werden: „Wir werden die Vernetzung der sozialen Dienste
71der Justiz mit dem Strafvollzug weiterentwickeln und uns dafür einsetzen, dass die Resozialisierung
72als Vollzugsziel stärker in den Mittelpunkt rückt. Ferner werden wir dafür eintreten, dass die Projekte
73der ambulanten Sanktionsalternativen, die im Saarland eine hervorragende Arbeit leisten, erhalten
74bleiben.“

75Der Satz bisherige Satz Rn. 1995-1998 soll wie folgt lauten: „Um einen effektiven Rechtsschutz zu
76gewährleisten, im Justizvollzug und bei den ambulanten sozialen Diensten der Justiz den
77Resozialisierungsauftrag erfüllen zu können, den Opferschutz angemessen fördern zu können und z.
78B. im Rahmen von e-justice den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein, bedarf es eines
79echten Personalaufbaus. Hierfür wollen wir uns einsetzen.“

80An diesen Satz soll folgender neuer Absatz angefügt werden:

81„Der rechtspolitischen Tendenz, jedem gesellschaftlichen Problem durch die Schaffung neuer
82Straftatbestände und der Heraufsetzung von Strafrahmen zu begegnen, werden wir auf der Ebene des
83Bundesrats entgegen treten. Außerdem werden wir uns für eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung
84der Vorratsdatenspeicherung stark machen und dafür Sorge tragen, dass das Saarland im Bundesrat
85Vorlagen zur Ausweitung der Vorratsdatenspeicherung nicht zustimmt“.